

01 - Büro des Oberbürgermeisters
Frau Schütte

Datum:
18.01.2018

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Einberufung eines 'Forums Lüneburger Erinnerungskultur'" (Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 17.01.2018, eingegangen am 17.01.2018)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	30.01.2018	Verwaltungsausschuss
Ö	01.02.2018	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

s. Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 17.01.2018, eingegangen am 17.01.2018

Beschlussvorschlag:

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

a) für die Erarbeitung der Vorlage: 13,-- €

aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.

b) für die Umsetzung der Maßnahmen:

c) an Folgekosten:

d) Haushaltsrechtlich gesichert:

Ja

Nein

Teilhaushalt / Kostenstelle:

Produkt / Kostenträger:

Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

Anlage/n:

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 17.01.2018

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

DEZERNAT I

Fachbereich 4 - Kultur

Fachstelle 401 - Kultur

Eingang 17.01.2018 Sch

DIE LINKE.

FRAKTION
im Rat der Hansestadt Lüneburg

David Amri

Altenbrückertorstr. 2
21335 Lüneburg

Tel: 04131 – 28 43 346

stadtrat@dielinke-lueneburg.de
www.dielinke-stadtrat.de

An den Oberbürgermeister
Den Rat der Hansestadt Lüneburg
Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

AM 18/17

17.01.2018

Antrag zur Einberufung eines „Forums Lüneburger Erinnerungskultur“

Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge zur nächsten Sitzung am 1. Februar 2018 folgenden Beschluss fassen:

Die Stadt Lüneburg setzt sich mit der kulturwissenschaftlichen Fakultät der Leuphana, dem Museum sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen und Verbänden, die in Lüneburg mit der historischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus und dessen Folgen befasst sind, in Verbindung, um über Möglichkeiten der gemeinsamen Ausrichtung eines öffentlichen Forums Lüneburger Erinnerungskultur zu beraten.

Ziel eines solchen Forums soll eine Rückkopplung mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft darüber sein, wie Erinnerungskultur in Lüneburg zukünftig gestaltet wird.

Begründung

Mit der aktuellen Debatte um den Gedenkstein für die 110. Infanterie Division Am Springintgut ist auch das Thema Erinnerungskultur wieder in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt. Hier zeigt es sich, dass vor allem Bedürfnisse und Anregungen von Opferverbänden, wie z.B. der VN-BdA, aber auch Erkenntnisse zur Forschung über Erinnerungskultur, wie sie an der örtlichen Universität praktiziert wird, kaum oder nur unzureichend in der kommunalen Ausrichtung der Erinnerungskultur berücksichtigt werden. Von Vereinen und Verbänden u.a. wird eine Erinnerungskultur gefordert, die das Leid von Opfern von Krieg, Faschismus und Diktatur in den Vordergrund stellt und damit zur Verteidigung von Demokratie und Frieden mahnt. In Zusammenarbeit mit der Leuphana, den Verbänden und Vereinen soll die bisherige Erinnerungskultur in diesem Sinne hinterfragt werden.

In einer ausführlichen Stellungnahme des Dekans der kulturwissenschaftlichen Fakultät der Leuphana, Prof. Dr. Ulf Wuggenig, zu den Äußerungen von Bürgermeister Dr. Scharf gegenüber einem rechten Internet-Blog zum Thema Lüneburger Gedenkkultur, wird auch auf das Thema Traditionserlasse Bezug genommen:

„Wenn Dr. Scharf hervorhebt, es gäbe kein Land der Erde, das seine Soldaten nicht ehren würde, dann übergeht er, dass in Deutschland aus gutem Grund ein Traditionserlass eingeführt wurde (und gegenwärtig erneuert wird), der zumindest der Bundeswehr explizit eine institutionelle Ehrung von Wehrmachtssoldaten untersagt. Positionen wie die von Dr. Scharf lassen es als angebracht erscheinen, auch die Einführung von Traditionserlassen für Städte zu fordern.“

Das Thema kommunaler Traditionserlass könnte somit auch Gegenstand des genannten Forums Lüneburger Erinnerungskultur sein.

Im Zuge der Debatte um das Internet-Video mit Dr. Scharf haben sich viele der im Stadtrat vertretenen Fraktion zu Wort gemeldet und gezeigt, dass im kommunalpolitischen Kontext eine Reflektion bezüglich des Themas Erinnerungskultur stattfindet. Vor diesem Gesichtspunkt ist auch der in der Stellungnahme der Stadt zum Video mit Dr. Scharf angeführte Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 17. Oktober 2017 zur Umgestaltung der Gedenktafel am Stein für die 110. ID neu zu bewerten. Der Beschluss war nicht Ergebnis einer öffentlich geführten Debatte, die bei diesem Thema sicher angemessen wäre. Auch Oberbürgermeister Mädge wird diesbezüglich in der Stellungnahme der Stadt zitiert: „Ganz unabhängig davon gibt es natürlich Debatten darüber an welcher Stelle und in welcher Form Erinnerungskultur stattfinden soll und es ist auch gut so, wenn wir uns darüber auseinandersetzen.“

Zu dieser Auseinandersetzung gehört auch, dass diese öffentlich geführt wird, da sie alle Lüneburgerinnen und Lüneburger betrifft. In diesem Sinne wäre es wünschenswert, wenn die Ausgestaltung der Erinnerungskultur nicht in dem Maße von den kommunalpolitischen Entscheidungsträger*innen bestimmt wird, wie dies in der Vergangenheit der Fall war. Eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit, insbesondere von mit der Thematik befassten Verbänden und Vereinen, sowie dem Museum und der Universität ist daher unbedingt angebracht.

Die genaue Ausgestaltung des Forums Erinnerungskultur soll in diesem Beschluss noch bewusst offen gelassen werden und Teil der Gespräche zwischen Stadt, Museum, Opferverbänden und Universität sein.

Gezeichnet,



David Amri
Fraktion DIE LINKE.
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag der Fraktion DIE LINKE „Einberufung eines Forums Lüneburger Erinnerungskultur“

Stellungnahme der Verwaltung

In der Hansestadt Lüneburg wird wie in anderen Städten seit dem Ende des 2. Weltkrieges 1945 in jeder Generation die Diskussion bis heute geführt, wie eine Erinnerungskultur an die Kriege und an die unsäglichen Verbrechen und Leiden der Menschen angemessen erfolgen kann. Dabei hat jede Generation ihren eigenen Blick und ihre eigenen Ansichten, wie erinnert werden soll und an wen erinnert werden soll. Das zeigt sich im Moment deutlich an den öffentlichen Diskussionen und Leserbriefen zu den Äußerungen von Herrn Dr. Scharf in einem Video. Diese Diskussion ist wie gesagt nicht neu; sie wurde in den 70er, 80er und 90er Jahren anders geführt als heute, weil jede Generation einen anderen Blick darauf hat.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg hat in den 80er Jahren begonnen, intensiv über eine Erinnerungskultur und die Aufarbeitung der Schrecken des Nazi-Regimes in Europa, aber auch in der Region Lüneburg zu diskutieren und den Menschen Orte der Erinnerung zu geben, Erinnerungsorte kritisch zu beleuchten und durch Texterklärungen für jüngere Generationen deutlich zu machen. Der Rat der Hansestadt Lüneburg hat dabei nicht den Ansatz gehabt, Geschichte oder Gedenkorte zu entfernen, sondern die Hintergründe dazu zu verdeutlichen. Dazu hat es viele Aktionen gegeben, breit unterstützt durch Einrichtungen in der Hansestadt und Bürgerschaft. Diese Diskussionen wurden öffentlich geführt und in den Fachausschüssen und im Rat öffentlich behandelt. Beispielhaft nur aufgezählt:

- Die Aktion „Stolpersteine“
- Die Aktion Shalom – Willkommen in Lüneburg 1995
- Die Diskussion über die Gedenkstätte nahe der Kreuzung Lindenstraße/Barckhausenstraße, die insbesondere an die vielen Menschen, die aus Lüneburg vertrieben, verfolgt und ermordet wurden, erinnert
- Seit 2004 die Aufarbeitung in der Bildungs- und Gedenkstätte „Opfer der NS-Psychiatrie in Lüneburg“
- Die Beratung in den Fachausschüssen über das Mahnmal und den Gedenkstein an den Massenmord an KZ-Häftlingen durch die SS und die Wehrmacht am Lüneburger Bahnhof
- Der seit 2015 im Wandrahmpark stehende Eisenbahnwaggon, der an die Opfer des Verbrechens vom 11. April 1945 erinnert, als überlebende Häftlinge eines Zugbombardements auf einem Feld nahe des Bahnhofs getrieben und von den Bewachern erschossen wurden
- Die Einrichtung einer Abteilung im Museum für NS-Geschichte im Rahmen der Neuausrichtung des Museums
- Die Durchführung eines Provenienzforschungsprojektes, das landesweit als beispielhaft gilt.
- Die Überarbeitung der Gedenkstätte Synagoge als Raum der Erinnerungen (Eröffnung am 09.11.2018 geplant)
- Der Friedenspfad der Manzke Friedensstiftung, der sich bemüht hat, die Diskussion vor einigen Jahren in Lüneburg aufzunehmen und die Erinnerungsorte mit Texten zu erläutern

Die Texte werden zurzeit durch Museum, Hansestadt Lüneburg, Friedensstiftung in Verbindung mit der Stiftung Gedenkstätten Niedersachsen überarbeitet

- Der Friedenspreis der Leuphana Universität „Hosenfeld-Szpilmann“ zum Gedenken an einen jüdischen Pianisten, der von einem deutschen Offizier gerettet wurde
- Das Buch von Professor Stegmann „Lüneburg 1918 bis 1948“ im Auftrag der Hansestadt Lüneburg, das in diesem Jahr fertiggestellt werden soll

- Die zentrale Gedenkstätte auf dem Zentralfriedhof
- Ehrenfriedhof Tiergarten
- Die unermüdliche Arbeit von Geschichtswerkstatt und VVN

Diese Aufzählung ist nicht abschließend und zeigt nur, dass aus Sicht der Verwaltung die Gedenkkultur in Lüneburg ein laufender und ein nie endender Prozess ist, weil jede Generation dieses anders beurteilt.

Ausführungen von der Vorstandsvorsitzenden der Museumsstiftung, Frau Prof. Dr. Düselder (**siehe Anlage**), ergänzen diese Ausführungen.

Deshalb kann sich die Verwaltung vorstellen, den Vorschlag der Fraktion DIE LINKEN aufzugreifen und unter Federführung der Museumsstiftung ein Forum zur Erinnerungskultur in Lüneburg einzurichten.

Hierzu müssen entsprechende Moderatoren und Fachleute gewonnen werden. Diese Aufgabe soll der Museumsstiftung übertragen werden. Nach Ermittlung der für solch ein Forum notwendigen Kosten, einem Zeitplan, Moderatoren, Referenten und inhaltlicher Struktur sollte dies dem Kulturausschuss der Hansestadt Lüneburg zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Ziel wäre, dieses Forum im 2. Halbjahr 2018 nach den Sommerferien zu veranstalten.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Verweisung in den Kultur- und Partnerschaftsausschuss



Mädge

Anlage:

Stellungnahme des Museums Lüneburg

zu TOP 12.3 (Rat)



26/1

Museumsstiftung Lüneburg – Wandrahmstraße 10 – 21335 Lüneburg

Stiftungsvorstand

Dr. Heike Düselder, Vorsitzende

Museum Lüneburg

Wandrahmstraße 10

21335 Lüneburg

☎ (04131) 7206530

E-Mail: h.dueselder@museumlueneburg.de

23. 01.2018

**Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Die Linke
auf Einberufung eines „Forums Lüneburger Erinnerungskultur“**

Erinnerungskultur hat im Zusammenhang mit der NS- Zeit zum Ziel, den Nationalsozialismus und den Holocaust historisch verständlich zu machen, seine Ursachen zu erklären, seine Auswirkungen darzustellen, seine Folgen aufzuzeigen und ein Gedächtnis für die Zukunft zu bilden. Demokratiefähigkeit und Zivilcourage sind wichtige Bildungs- und Erziehungsziele in diesem Prozess, der fortlaufend ist und keinen Abschluss duldet. Bei der Einführung und Proklamation des 27. Januar als nationalem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 3. Januar 1996 sagte der damalige Bundespräsident Roman Herzog:

„Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“

Mit jeder Generation und dem jeweiligen historischen Zeitabstand verändern sich die Zugänge zur Geschichte und die Erinnerung an historische Ereignisse und Personen. Denkmäler sind daher zeitgebunden, entstanden aus einem bestimmten Anlass, zu einer bestimmten Zeit, mit einem bestimmten Motiv und mit einem bestimmten Ziel.

Diesen Kontext gilt es zu erklären, um zu verhindern, dass Missverständnisse, Abwertungen oder Fehldeutungen mit ihnen in Verbindung gebracht werden. Manche Denkmäler sind aus heutiger Sicht in den Augen vieler fragwürdig. Sie geben Anlass zu Unverständnis bis zur Verärgerung und dem offen vorgetragenen Wunsch, man

Museumsstiftung Lüneburg

IBAN: DE 94 240501100065076291 BIC: NOLADE 21 LBG

möge sie dem öffentlichen Zugriff entziehen und sie entweder musealisieren oder gar verschwinden lassen.

Das Museum einschließlich seiner Umgebung wie z.B. dem Wandrahmpark kann kein Sammelort für Denkmäler werden, aber es ist eine Institution, deren Kernaufgabe die Bewahrung und Erinnerung ist. Es ist ein Ort der Wissenschaft, an dem Geschichte aufgearbeitet und vermittelt wird, ein Ort der Identitätsstiftung für die Stadt und Region und ein Ort des historischen Gedächtnisses. Es bildet eine Brücke zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Die Erinnerungskultur in Lüneburg wird von verschiedenen Einrichtungen geprägt. Seit vielen Jahren befassen sich die Geschichtswerkstatt und der VVN mit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Lüneburg. Sie haben Grundlagenarbeit geleistet und die Ergebnisse in zahlreichen Publikationen ausführlich dargestellt.

Die Manzke-Friedensstiftung hat gemeinsam mit dem Literaturwissenschaftler Werner Preuß den Friedenspfad in Lüneburg entwickelt und umgesetzt. Eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen kirchlichen und kulturellen Einrichtungen hat gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Lüneburg in einem mehrjährigen Prozess einen Vorschlag für die Neugestaltung der Synagogengedenkstätte in Lüneburg erarbeitet, der in diesem Jahr in die Umsetzung geht. Vorbildhaft ist seit vielen Jahren die Psychiatrische Klinik mit der Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit befasst und hat als eine der wenigen Einrichtungen dieser Art diesen Weg in Eigeninitiative beschritten und eine Gedenkstätte eingerichtet.

Seit der Neukonzeption des Museums im Rahmen der Gründung der Museumsstiftung Lüneburg ist die Geschichte der NS-Zeit in Lüneburg ein wichtiger Aspekt der Forschung, Darstellung und Vermittlung im Museum. In den Jahren 2014-2018 wurde durch die Historikerin Anneke de Rudder ein Provenienzforschungsprojekt durchgeführt, das sich der Herkunft der Exponate, die in der NS-Zeit ins Museum gelangt sind, widmete. Die Ergebnisse werden derzeit in einer Ausstellung im Museum präsentiert. Das Museum Lüneburg war das erste der kleineren Museen in Niedersachsen, das ein Provenienzforschungsprojekt durchführte und es gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Netzwerkes Provenienzforschung in Niedersachsen, das am Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur angesiedelt ist.

An der Leuphana Universität Lüneburg widmet sich eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Kunstsoziologen Ulf Wuggenig der Geschichte des Universitätsstandortes auf dem Gelände der ehemaligen Scharnhorst-Kaserne in der NS-Zeit auf. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen und durch eine Reihe vieler kleinerer Projekte und Einzelinitiativen ergänzen.

Um der Erinnerungskultur in Lüneburg ein zukunftsfähiges Konzept zu verleihen und ein Zerfasern in viele Einzelinitiativen, die sich teilweise ergänzen, teilweise aber auch kontraproduktiv entgegen stehen, zu verhindern, bedarf es der Kommunikation der genannten Initiativen. Die Einrichtung eines „Forums Lüneburger Erinnerungskultur“ das sich zum Ziel setzt, Erinnerungskultur und Zukunftsgedächtnis der Stadt zu gestalten und daran mitzuwirken, Grundsätze zum Umgang mit historischer Erinnerung und historischen Denkmälern zu entwickeln und eine differenzierte Sichtweise und Meinungsbildung möglich zu machen, kann dazu wegbereitend sein. Das Museum Lüneburg, an dem drei Historiker und

Historikerinnen tätig sind, kann diesen Prozess mit Sachverstand begleiten und Raum geben für den notwendigen Diskurs.

Ein „Forum Lüneburger Erinnerungskultur“ oder auch „Forum Erinnerungskultur in Lüneburg“ könnte im Rahmen eines zweitägigen Symposiums in Lüneburg eingerichtet werden, dessen Ziel es ist, zunächst einmal die verschiedenen Initiativen und Institutionen zusammen zu bringen, ihre Erwartungen und Ziele zu eruieren und die bereits erfolgten Schritte in diesem Kontext sichtbar zu machen (Zeitpunkt September/Oktober 2018). Die Moderation sollte durch einen externen Wissenschaftler oder eine externe Wissenschaftlerin erfolgen, um zu gewährleisten, dass sich alle Beteiligten gleichermaßen einbringen und sachlich miteinander ins Gespräch kommen. Innerhalb der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen gibt es mehrere Mitglieder, die für eine Moderatorenfunktion in Frage kommen, weil sie sich mit dem Thema Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit intensiv auseinandergesetzt haben und/oder vergleichbare Prozesse in anderen Städten oder Einrichtungen bereits initiiert oder begleitet haben, so z.B. Prof. Dr. Detlev Schmiechen-Ackermann, Historiker an der Universität Hannover, Direktor des Instituts für Didaktik der Demokratie und Sprecher des Arbeitskreises 19/20. Jahrhundert der Historischen Kommission. Auch Dr. Jens-Christian Wagner, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten sollte einbezogen und mit einem Vortrag beteiligt werden.

Das Museum könnte als Brücke zwischen Universität und Stadtgesellschaft als Tagungsort fungieren und würde damit zugleich eine seiner Kernfunktionen erfüllen, nämlich die Lokalgeschichte aufzuarbeiten und am Geschichtsbild und der Erinnerungskultur der Stadt mitzuwirken und diesem auch im Rahmen seiner musealen Präsentation einen Niederschlag zu geben.

Lüneburg, 23.01.2018

Meike Durselde

Änderungsantrag zu TOP 28.5 (VA) bzw. TOP 12.3 (RAT)

Von: Mädge, Ulrich

Gesendet: Dienstag, 30. Januar 2018 08:36

Betreff: AW: VO Forum/Symposium Erinnerungskultur

Sehr geehrte Frau Amri,
die Vorbereitung und die Mitglieder solch einer Runde möchte ich im Kulturausschuß besprechen.

In der Hektik der Ratssitzung ist m.E. dafür kein genügender Raum.

M.fr.Gruß

Ulrich Mädge

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Andrea Henkel [mailto:andrea.henkel@dielinke-lueneburg.de]

Gesendet: Montag, 29. Januar 2018 16:20

Betreff: VO Forum/Symposium Erinnerungskultur

Lieber Herr Mädge,

vielen Dank, dass Sie in Ihrer Verwaltungsvorlage unseren Vorschlag für ein Forum Erinnerungskultur aufgreifen! Wir wissen diesen Schritt Ihrerseits sehr zu schätzen. Auch den Vorschlag von Frau Düselda ein Symposium zu dem Thema zu veranstalten, finden wir sehr begrüßenswert.

Wir würden uns jedoch für die Organisation dieses Symposiums/ die Einrichtung eines Forums Erinnerungskultur eine breitere Beteiligung wünschen. Denn nur eine Planung unter Einbeziehung möglichst vieler relevanter Akteur*innen bietet die Chance auf eine umfassende Aufarbeitung und schafft die Voraussetzungen dafür, dass das Symposium auch deren Sichtweisen einbezieht. Verständlicherweise bietet es sich an, die am Museum vorhandenen personellen Kapazitäten für die Organisation zu nutzen. Die inhaltliche und strategische Federführung sollte unserer Meinung nach aber bei einem Arbeitskreis liegen, der sich aus verschiedenen Akteur*innen zusammensetzt.

Wir schlagen daher folgende Formulierung vor:

Die Federführung in der Einrichtung eines Forums Erinnerungskultur, bzw. der Planung des Symposiums Erinnerungskultur übernimmt in Rücksprache mit dem Kulturausschuß der Stadt ein Arbeitskreis aus Mitgliedern der kulturwissenschaftlichen Fakultät der Leuphana Universität (insbes. Prof. Ulf Wuggenig), des Museums/der Museumsstiftung, der Gedenkstätte der Psychiatrie sowie Vertreter*innen von Vereinen und Verbänden, die in Lüneburg mit der historischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus und seiner Folgen befasst sind (insbes. VVN BDA*A, Geschichtswerkstatt). Die Planung erfolgt dabei in Absprache mit weiteren auf dem Gebiet einschlägigen Expert*innen von außen (z.B. Prof. Dr. Christoph Rass) sowie aus Weißrussland.

Wir würden uns freuen, wenn wir uns in gegenseitiger Übereinstimmung auf ein solches Vorgehen einigen könnten.

Sollte der Antrag am Donnerstag zur Abstimmung kommen, wäre dies doch ein schönes Zeichen der Einigung.

Ich freue mich über Rückmeldung.

Freundliche Grüße,
Andrea Amri-Henkel